

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Rudolf Scharping, SPD-Vorsitzender und Spitzenkandidat der SPD in Rheinland-Pfalz, sieht sich durch den Wahlsieg seiner Partei in Hessen ermutigt: Am 21. April geht es um die Mehrheit im Bundesrat.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, plädiert für eine baldige Einberufung einer Nahost-KSZ.

Seite 2

46. Jahrgang / 14

21. Januar 1991

Nach Hessen rückt Rheinland-Pfalz ins öffentliche Blickfeld

Der 21. April entscheidet über die Bundesratsmehrheit

Von Rudolf Scharping MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Der Erfolg der SPD in Hessen ist für die deutschen Sozialdemokraten von großer psychologischer Bedeutung nach der Niederlage bei den Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Ganz besonders bedeutsam ist der Erfolg und damit der anstehende Regierungswechsel in Wiesbaden aber für uns Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz, denn in wenigen Monaten, am 21. April, wird der Landtag neu gewählt.

Rheinland-Pfalz rückt ins politische Blickfeld, weil bei der Landtagswahl auch über die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat, in der Länderkammer, entschieden wird, die sich durch die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zu Gunsten der Union verändert hatten.

Die Wähler in Rheinland-Pfalz haben es also in der Hand, durch eine Ablösung der seit 1987 amtierenden Mainzer CDU/FDP-Koalition im Bundesrat ein Gegengewicht zu schaffen zur Kohlischen "Telefonsteuer", zur einseitigen Belastung der Arbeitnehmer und der lohnintensiven Betriebe von Handel, Handwerk und Gewerbe bei der Sozialversicherung und zur Entlastung der hohen Einkommen und Vermögen.

Auch vor vier Jahren wurde in Hessen und in Rheinland-Pfalz gewählt: in Hessen am 5. April, in Rheinland-Pfalz am 17. Mai. Das damalige Ergebnis - 1.538 Stimmen entschieden über den Verlust der sozialdemokratischen Führung des Landes - hat den Wahlkampf in Rheinland-Pfalz schmerzlich getroffen. Seit Sonntag ist es umgekehrt: 71.000 Stimmen haben darüber entschieden, daß die SPD in Hessen wieder führen und regieren kann, in Zusammenarbeit mit den realpolitisch bestimmten Grünen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Das ist eine Ermutigung für die rheinland-pfälzische Landespartei und ihre fast 73.000 Mitglieder, schon deshalb, weil Hessen auch bewiesen hat, daß selbst ein großer Vorsprung der schwarz-gelben Koalition bei der Bundestagswahl keineswegs verhindert, den Trend bei einer Landtagswahl umzukehren. Wir sehen daher der Entscheidung am 21. April mit Zuversicht entgegen.

(-/21.1.1991/hgs/ks)

Bonn muß KSZNO aktiv betreiben
Alles spricht für eine baldige Nahost-Konferenz

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter bei der Friedrich-Ebert-Stiftung

1.

Wie soll es nach dem hoffentlich kurzen und begrenzten Golf-Krieg weitergehen? Bei der Suche nach Antworten konzentriert sich das Interesse auf eine internationale Nah-Ost-Konferenz. Seit Jahren wird von der internationalen Staatengemeinschaft eine solche Konferenz gefordert, zuletzt in einer Resolution der UNO-Generalversammlung vom 13. Dezember 1990. Nie war eine solche Konferenz dringlicher und wohl auch nie - nach Beendigung des Ost-West-Konflikts - erfolgversprechender. Ausgangspunkt ist, daß es sich beim Nahost-Problem um einen Komplex von historischen Verwicklungen, Ungerechtigkeiten und Fehlern handelt.

Wer eine Nahost-Friedenskonferenz fordert, muß sich mit Voraussetzungen, Themen, Teilnehmern und Aussichten befassen und mit den Widerständen, die einer solchen Konferenz bis heute entgegengesetzt werden. Von der Bundesregierung wird erwartet, daß sie sich nicht nur abstrakt für eine solche Konferenz einsetzt, sondern daß sie operativ Wirkungsvolles für das Zustandekommen einer solchen Konferenz erbringt.

Zunächst zur Struktur einer solchen Konferenz:

2.

Konferenzziel: Eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung im Nahen Osten, die das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Recht auf Existenz und Sicherheit des Staates Israel in Einklang bringt. Abbau der erheblichen Waffenpotentiale und Bildung einer überprüfaren Zone, die frei ist von atomaren, biologischen und chemischen Waffen (ABC-freie Zone).

Teilnehmer: Alle Konfliktparteien der Region unter Hinzuziehung der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder.

Grundlage: Alle Resolutionen der Generalversammlung und des UNO-Sicherheitsrates, darunter die wichtigen Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973).

Prozedurales Vorgehen: Der Sicherheitsrat berät in den nächsten Tagen eine solche Konferenz und lädt dazu ein. Die Nahost-Konferenz findet im Rahmen der UNO statt. Den Vorsitz hat der UNO-Generalsekretär.

3.

Nun mag man einwenden, daß eine Nahost-Konferenz kein Wundermittel sei und keine Garantie für eine schnelle und dauerhafte Regelung in dieser Region. Dies ist ein suggestiver Einwand. Natürlich ist eine Nahost-Konferenz kein schnell wirkendes Allheilmittel. Doch jede Alternative, Krieg und Gewalt ist es noch weniger. Man muß abwägen. Sicher ist doch eins: Ohne einen umfassenden Verhandlungsansatz bleibt diese Region anfällig für Krieg, Besetzung, Bedrohung und Gewalt. Daher sollte die - vielleicht schwache - Chance einer internationalen Nahost-Konferenz genutzt werden, um zu einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung zu kommen. Dabei könnten die Staaten in dieser Region von der KSZE lernen. Obgleich die Bedingungen in Europa anders sind und es deshalb schwierig ist, das KSZE-Modell auf den Nahen Osten zu übertragen, sollte das Projekt Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO) begonnen werden.

4.

Wie könnte die Tagesordnung einer Nahost-Konferenz aussehen?

Im jüngsten Bericht des UNO-Generalsekretärs an die 45. UNO-Generalversammlung wird der Nahe Osten "als Ganzes" als die "explosivste Region der Welt" charakterisiert. Dies ist sicher nicht übertrieben. Über diese Region heißt es dann weiter:

"Als, seit Jahren schwelende Ressentiments sind noch durch ein eskalierendes Wettrüsten in dem gesamten Gebiet verschärft worden, das ein tödliches Arsenal von Massenvernichtungswaffen in die Welt gesetzt hat. Auf lange Sicht wird dauerhafter Frieden im Nahen Osten erst einkehren, wenn die Grundsätze des Völkerrechts die zwischenstaatlichen Beziehungen regeln, wenn Streitigkeiten auf friedlichem Wege beigelegt werden, wenn sich die Bestrebungen derjenigen, die ihrer Rechte beraubt wurden, erfüllt haben und wenn regionale Abmachungen über Sicherheits- und Wirtschaftsfragen getroffen worden sind, die den Anliegen aller Parteien in dem Gebiet Rechnung tragen."

Hier werden zentrale Punkte für eine Tagesordnung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten genannt:

- konventionelle, nukleare, biologische und chemische Abrüstung,
- zuverlässige Kontrolle der Abrüstung,
- ABC-freie Zone Naher Osten,
- Verfahren zur Konfliktlösung,
- Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes,
- Existenzrecht und Sicherheit Israels.

Dies ist keine abschließende Liste möglicher Tagesordnungspunkte einer solchen Konferenz. Natürlich sollte nicht verkannt werden, daß jeder einzelne Punkt ungemein schwer lösbar ist. Doch darf eine solche Feststellung nicht dazu führen, daß ein entschlossener und umfassender Versuch einer solchen Konferenz unter dem Dach der Vereinten Nationen unterbleibt.

5.

Das schwierigste Problem ist die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer. Ein wichtiger Staat der Region, Israel weigert sich strikt, an einer solchen Konferenz teilzunehmen. Israel favorisiert "direkte Verhandlungen" (mit jedem einzelnen Staat) und Verhandlungen mit "gewählten Vertretern der Palästinenser". Israel lehnt eine Beteiligung der PLO dezidiert ab. Streng gesagt, die israelische Regierung lehnt eine Nahost-Konferenz ab. Die Arbeiterpartei ist dafür wie etwa die Hälfte der Bevölkerung. Mit Rücksicht auf Israel verhalten sich die USA sehr reserviert gegenüber einer Nahost-Konferenz.

Sollte der UNO-Sicherheitsrat eine internationale Nahost-Konferenz einberufen (womit zu rechnen ist) und Israel eine Politik des leeren Stuhls betreiben, kommt diese Konferenz in ihre erste Krise. Dazu darf es nicht kommen. Israel sollte seine Position überdenken und die Chance erkennen, am Verhandlungstisch seine Interessen durchzusetzen. Am Verhandlungstisch wird man sehen, wie kompromißfähig die teilnehmenden Konfliktparteien und wie verhandlungsfähig strittige Probleme der Region sind. Israel würde eine große Verantwortung übernehmen würde es sich von vornherein gegen eine von der Weltstaatengemeinschaft gewünschten Konferenz wenden. Israel sollte keine Politik des leeren Stuhls betreiben sondern sich aktiv und konstruktiv an der Vorbereitung wie am Ablauf einer solchen Konferenz beteiligen.

6.

Die BRD hat sich (bislang) nicht am Golf-Krieg beteiligt. Jedenfalls nicht direkt. Sie muß sich jedoch an der schnellen Beendigung des Krieges und am Aufbau einer Friedensordnung im Nahen Osten beteiligen.

Der erste operative Schritt ist eine Nahost-Konferenz. Für eine solche Konferenz, die seit langem gefordert wird, spricht alles. Gegen eine solche Konferenz sind - soweit erkennbar - nur Israel und die USA. Hier setzt die Verantwortung der Bundesrepublik an: Die Bundesregierung muß ihren Einfluß geltend machen, um auf Israel und auf die USA einzuwirken, damit diese beiden Staaten ihren Widerstand aufgeben. Die Bundesrepublik kann dies allein oder im Verbund der EG tun.

Dabei sollte sie den Konflikt weder mit Israel noch mit den USA scheuen. Die Interessen des Friedens sind höher zu veranschlagen als ein gutes Verhältnis zu Israel und USA um jeden Preis. Die Nahost-Politik der Bundesregierung wird künftig daran gemessen, welche Wirkung ihr Drängen auf Israel und die USA hat, um zu einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz zu kommen.

7.

Verfahrensvorschlag:

Der Sicherheitsrat beschließt baldmöglichst die Einberufung einer Nahost-Konferenz. In dieser Resolution sind Ziel, Teilnehmer, Verhandlungsgrundlage sowie - soweit möglich - Tagesordnung einer solchen Konferenz genannt. Ein Vorbereitungsausschuß, an dem auf jeden Fall die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates teilnehmen, klärt das weitere prozedurale Vorgehen. Zu prüfen wäre, ob die Bundesrepublik beziehungsweise die EG als Beobachter zur Konferenz eingeladen wird. Die Zeiten, in denen die Bundesrepublik sich verstecken konnte, sind vorbei.

(-/21.1.1991/hgs/ks)
